

Kienbaumer Block in desolatem Zustand

Sanierung des Wohnhauses Puschkinstraße 9a bis d mit 1,8 Millionen Euro veranschlagt / Balkone besonders kaputt

VON ANKE BEIßER

Kienbaum (MOZ) Jetzt liegen Zahlen für die Instandhaltung und Modernisierung des ersten der vier Wohnblöcke in der Kienbaumer Puschkinstraße auf dem Tisch. Das Ingenieurbüro Procon aus Hennickendorf hat einen Finanzbedarf von 1,82 Millionen Euro ermittelt.

Die einzig beruhigende Aussage zum Zustand des Wohnblocks Puschkinstraße 9a bis b lieferte Jürgen Apitz vom Ingenieurbüro Procon Hennickendorf am Ende seines Vortrags: „Die Hülle, das Gebäude an sich, ist solide gebaut. Wenn jetzt instandgesetzt und modernisiert wird, haben Sie auf lange Zeit wieder Ruhe.“ Zu- vor hatte der Bauausschuss am Donnerstag in der Grünheider Feuerwache eine Hiobsbotschaft nach der anderen zu hören bekommen. Aber der Reihe nach.

Die Gemeinde Grünheide hatten die vier Kienbaumer Wohnblöcke 2012 erworben und die Sanierung angekündigt. Im laufenden Haushaltsjahr ist Geld für die Untersuchung der Blöcke 8 und 9 eingeplant. Da beide sehr ähnlich sind, in Haus 9 aber die Heizungsanlage für beide untergebracht ist, hat das Ingenieurbüro dieses unter die Lupe genommen, Wohnung für Wohnung, Flur, Keller und Boden betrachtet. Was dabei zu Tage trat, klingt nach jeder Menge Arbeit.

Vieles ist so alt wie das Gebäude selbst, das laut Jürgen Apitz 1970 errichtet wurde. Die Haustechnik muss komplett erneuert werden – von den Wassersträngen über die Heizungsrohre und Heizkörper bis hin



Schlimmer Anblick: Die Bestandsaufnahme ergab, dass der Beton morsch ist und ausbricht, die Moniereisen im Inneren rosten.

Foto: Jürgen Apitz

zur Elektroinstallation. Auch die Badeinrichtung verdient einen moderneren Standard. Jede Wohnung soll mit einem Elektroverteiler und Sicherungskasten ausgestattet werden, die bisherige Lösung im Hausflur verschwinden. Beim Stichwort Aufgänge gibt es noch ein gravierendes Problem – der Rauchabzug nach oben ist nicht möglich, weil es keine Klappe, nur ein permanent verschlossenes Oberlicht gibt.

Ein umfangreiches Paket kommt in Sachen Geschossdecken-Dämmung und Instand-

setzung der Fußböden zusammen. Im Keller und auf dem Dachboden gibt es erheblichen Nachholbedarf. Selbst in den Wohnungen sind Böden abgesackt, so dass neuer Estrich eingebaut werden muss. „Eine Wohnung ist frei, da konnte ich unter den Teppichbelag schauen“, sagte Apitz. Er verwies auf ein Foto von einer Wasserwaage, die in der Mitte quasi freischwebend auf dem Boden lag.

Und dann sind da noch die Balkone. Die sind in einem so desolaten Zustand, dass sie laut Apitz abzustürzen drohen. Auf

seinen Beispielfotos waren morsche beziehungsweise herausgebrochene Betonteile ebenso zu sehen wie rostige Moniereisen.

Bei dem zusammen getragenen Sanierungsbedarf liegt es auf der Hand, dass die Mieter für die Zeit der Bauarbeiten aufgangsweise ausziehen müssen. Im günstigsten Falle kommen sie in freien Wohnungen der Nachbarblöcke unter, das Mobilar käme in Seecontainer. „Wir haben mit allen Mietern gesprochen, sie sagen, wir sollen loslegen.“

Der Bauausschuss ließ am geschilderten Bedarf keine Zwei-

fel aufkommen, kritisiert wurde jedoch die Wirtschaftlichkeitsberechnung. Die solle vor der Beschlussfassung um fehlende Angaben, wie zum Beispiel den Kaufpreis aus 2012, ergänzt werden. Nur ein Mitglied forderte, die Maßnahme zurückzustellen – Ulrich Kohlmann (Bürgerbündnis Grünheide). Bis nicht klar ist, was mit Blick auf die anderen Blöcke auf die Gemeinde finanziell zukommt, dürfe nicht begonnen werden.

Abermals kritisierte der Grünheide den Kauf der Anlage. „Es ist ein Irrsinn!“, sagte er und ver-

wies auf die Kostenspirale. Beim Kauf (1,75 Millionen Euro) sei von 1,47 Millionen Euro für die Sanierung aller vier Häuser die Rede gewesen, 2015 von 1,4 Millionen Euro für die Blöcke 8 und 9 und jetzt von 1,8 Millionen Euro für nur ein Gebäude, rechnete er vor. Die Notwendigkeit des Erwerbs sei von Anfang an fraglich gewesen.

Dem setzte zumindest Peter Komann (Alternative Liste Grünheide) etwas entgegen: „Es war eine politische Entscheidung, um den Mietspiegel im Sinne bezahlbarer Mieten zu beeinflussen.“